

Schönheitswahn. In: www.dgaepc.de/BMGSSchoenheit.pdf 2005, (Abruf Februar 2006)

Fuchs, Peter; Schneider, Friedrich: Das Hauptmann-von-Köpenick-Syndrom. Überlegungen zur Zukunft funktionaler Differenzierung. In: *Soziale Systeme* 2/1995, S. 203-224

Fuchs, Peter: Soziale Arbeit – System, Funktion, Profession. In: Uecker, Horst D.; Krebs, Marcel (Hrsg.): *Beobachtungen der Sozialen Arbeit – Theoretische Provokationen*, Band I. Heidelberg 2005, S. 13-17

Giddens, Anthony: Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert. Frankfurt am Main 2001

Grözinger, Gerd u.a.: Die Teilhabegesellschaft. Für einen neuen Sozialkontrakt mit Zukunftsperspektive. Kurzfassung. Berlin 2006

Hanses, Andreas: Biographische Diagnostik in der Sozialen Arbeit. Über die Notwendigkeit und Möglichkeit eines hermeneutischen Fallverstehens im institutionellen Kontext. In: *Neue Praxis* 4/2000, S. 357-378

Krebs, Marcel: Individualität, Karriere und Soziale Arbeit. Das Bezugsproblem Sozialer Hilfe. Konstanz 2006 (Abruf von www.sozialarbeit.ch im Januar 2008)

Lehmann, Maren: Soziale Hilfe zwischen Interaktion und Organisation. Diplomarbeit am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität. Halle/Wittenberg 1996 (Abruf von www.sozialarbeit.ch im Dezember 2005)

Lehmann, Maren: Von der Laufbahn zur Karriere. In: Becker, Manfred; Schwertner, Anke (Hrsg.): *Personalentwicklung als Kompetenzentwicklung*. München 2002, S. 62-80

Lehmann, Maren: Karriere als Medium. In: www.sozialarbeit.ch (Abruf Oktober 2006)

Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main 1984

Luhmann, Niklas: Kopierte Existenz und Karriere. Zur Herstellung von Individualität. In: Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main 1994

Luhmann, Niklas: Organisation und Entscheidung. Wiesbaden 2006

Luhmann, Niklas; Schorr, Eberhard: Reflexionsprobleme im Erziehungssystem. Frankfurt am Main 1988

Maresch, Rudolf: Elektromagnetische Illusionen. In: Maresch, Rudolf; Rötzer, Florian (Hrsg.): *Cyberhypes. Möglichkeiten und Grenzen des Internet*. Frankfurt am Main 2001, S. 55-75

Nassehi, Armin: Die paradoxe Einheit von Inklusion und Exklusion. Ein systemtheoretischer Blick auf die „Phänomene“. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hrsg.): *Das Problem der Exklusion. Ausgrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg 2006

Roos, Cristina: Arbeit an der Karriere. Ein Modell zur theoretischen Verortung der Schulsozialarbeit. Rorschach. In: www.sozialarbeit.ch (Abruf im Dezember 2008)

Rosa, Hartmut: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main 2005

Schmid, Wilhelm: Philosophie der Lebenskunst. Eine Grundlegung. Frankfurt am Main 1998

Stanitzek, Georg: Der Projektmacher. Projektionen auf eine „unmögliche“ moderne Kategorie. In: Krajewski, Markus (Hrsg.): *Projektmacher*. Berlin 2004

Vogd, Werner: Systemtheorie und rekonstruktive Sozialforschung. Eine empirische Versöhnung unterschiedlicher Perspektiven. Opladen 2005

► Allgemeines

Starke Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden in den vergangenen zehn Jahren täglich im Durchschnitt rund 30 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse begonnen und etwa ebenso viele beendet. Da in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bei einem Anstieg der arbeitgeberseitigen Entlassungen weniger Arbeitnehmende selbst kündigten, schwanke die Zahl der Neueinstellungen stärker als die Zahl der beendeten Beschäftigungsverhältnisse. In wirtschaftlich positiven Phasen steige die Zahl der freiwilligen Kündigungen, da viele Beschäftigte durch einen Wechsel höhere Löhne oder verbesserte Arbeitsbedingungen erreichen könnten. Auf diese Weise entstünde durch die fälligen Neueinstellungen ein höherer Umschlag auf dem Arbeitsmarkt. Die Kehrseite: In einer Rezession würden weniger neue Stellen geschaffen und auch weniger bestehende Stellen frei. Aufgrund der daraus folgenden Konkurrenzsituation verschlechtern sich laut IAB die Chancen für Langzeitarbeitslose und Personen mit geringer Qualifikation oder anderen Beschäftigungshemmnissen. Die Studie ist im Internet unter <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb1309.pdf> zu finden. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 27. Mai 2009*

Kampagne „Wir für Sachsen“. Die Sächsische Staatsregierung hat eine Kampagne zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ins Leben gerufen. Bereits seit März 2005 bietet die Internetseite www.wir-fuer-sachsen.de eine Service-Plattform mit Erfahrungsberichten und umfassenden Informationen zum Thema Ehrenamt. Verbände, Vereine und Projektträger erhalten hier die Möglichkeit, sich in einer kostenfreien Engagementbörse zu präsentieren, um so neue Interessierte zu finden und Bürgerinnen und Bürger über die bestehenden Unterstützungsangebote in ihrem Wohnumfeld zu informieren. Auf diese Weise dient die Kampagne einer Erleichterung der Kommunikation zwischen Anbietenden, Ehrenamtlichen und hilfebedürftigen Menschen. Aktuell stellen sich 3 577 Vereine und 803 Projekte vor. *Quelle: Presseinformation des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 71.2009*

Die Bürgerschaftlichkeit unserer Städte. Für eine neue Engagementpolitik in den Kommunen. Von Konrad Hummel. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2009, 96 S., EUR 11,80 *DZI-D-8787*

Für die Entwicklung einer Bürgergesellschaft ist die kommunale Handlungsebene zentral und die Notwendigkeit einer engagementfördernden Politik unbestritten. Wie aber muss eine solche Politik aussehen, um eine neue Form von Bürgerschaftlichkeit in der modernen Stadt nachhaltig zu verankern? Diese Abhandlung analysiert das aktuelle Verständnis von Bürgerschaftlichkeit im Lichte kommunaler Praxis und der gesellschaftlichen Herausfor-

derungen der nächsten Jahre: Zuwanderung, demographischer Wandel, Armutsrisiken. Die Milieugebundenheit des Engagements wird gezeigt und die Grenzen bisheriger Engagementpolitik werden entlang der Sektoren Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erörtert. Gegen das eindimensionale Verständnis eines staatlichen Förderprogramms für aktive Bürgerinnen und Bürger wird das Bild eines Kräftefelds entworfen, in dem Engagement entstehen kann oder verhindert wird. Der Autor greift in dieser gleichermaßen theoretisch wie praxisbezogenen Studie auf seine Erfahrungen als Dezernent in einer deutschen Großstadt zurück. Bestellschrift: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Internet: www.deutscher-verein.de

► Soziales

Unterschiedliche Armutsgefährdung in den Bundesländern. Berechnungen des Mikrozensus für das Jahr 2007, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Rahmen des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ erstmals durchgeführt wurden, zeigen, dass die Armutsgefährdung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich hoch ist. Rechnerisch bezeichnet die Armutsgefährdungsquote den Anteil der Personen, die mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung auskommen müssen. Diese Quote lag im Jahr 2007 in Deutschland insgesamt bei 14,3 % mit deutlichen Unterschieden zwischen Ost und West. So waren in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) 19,5 % der Bevölkerung armutsgefährdet, im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) nur 12,9 %. Besonders von Armut bedroht seien erwerbslose und alleinerziehende Menschen. Legt man nicht den Bundesmedian, sondern die entsprechenden regionalen Armutsgefährdungsschwellen zugrunde, ergibt sich ein anderes Bild. Aus dieser Perspektive wiesen im Jahr 2007 Hamburg (16,8 %) und Bremen (15,2 %) die höchsten, Thüringen (12,9 %) und Baden-Württemberg (13,0 %) die niedrigsten Werte auf. Weitere Informationen finden sich im Internet: www.amtliche-sozialberichterstattung.de *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 189/2009*

Gerichtsurteil zur Anrechnung von Arbeitslosenhilfe auf ALG II. Laut einer Entscheidung des Sozialgerichts Düsseldorf (Az.: S 35 AS 12/07) darf eine Nachzahlung von Arbeitslosenhilfe nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden. Gericht hatte eine Frau, die eine Nachzahlung von 9 200 Euro Arbeitslosenhilfe erwirkt hatte. Mit dem Verweis, dass die Klägerin damit den Vermögensfreibetrag überschritten habe, hob die Düsseldorfer ARGE ihre Bewilligung auf und forderte die Leistungen zurück. Das Sozialgericht urteilte, dass die Nachzahlung eine zweckbestimmte Einnahme sei, die nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden dürfe. *Quelle: VdK-Zeitung 6.2009*

Therapie schafft Sicherheit. Maßregelvollzug in Rheinland-Pfalz. Antworten auf Fragen von Bürgerinnen und Bürgern. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz. Selbstverlag. Mainz 2008, 38 S., kostenlos *DZI-D-8650* Mit dem Maßregelvollzug erhalten psychisch kranke oder suchtkranke Menschen, die eine rechtswidrige Tat began-

gen haben, psychologische und medikamentöse Unterstützung, um ihr zukünftiges Leben straffrei zu gestalten. Intendiert werden neben dem Schutz der Allgemeinheit vor allem die Rehabilitation der Patientinnen und Patienten und ihre Reintegration in die Gesellschaft. Diese Broschüre beantwortet die wichtigsten Fragen zu diesem Thema, stellt entsprechende Einrichtungen vor und beschreibt verschiedene Therapieansätze und Sicherheitskonzepte. Sie enthält zudem auch die Texte der relevanten gesetzlichen Grundlagen und gibt Hinweise zu Kontaktadressen sowie weiterführender Literatur. Bestelladresse: Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, Tel. 0 61 31/26 20 16, Internet: www.masgff.rlp.de

Mobiles Beratungsangebot zur Auswahl geeigneter Wohnformen. In Rheinland-Pfalz starteten in den Regionen Bad Ems, Landau, Mainz und Trier im Mai dieses Jahres vier ehrenamtliche mobile Teams ihre Beratung im Rahmen des Modellprojekts „Kompetenznetzwerk Wohnen – Neue Formen der mobilen Beratung“. Dieses Projekt ist Teil des Bundesprogramms „Neues Wohnen – Beratung und Kooperation für mehr Lebensqualität im Alter“, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegt wurde. Die Beratungsteams bieten Unterstützung bei Fragen zum gemeinschaftlichen Wohnen und leisten Hilfestellung bei der Auswahl geeigneter Wohnformen. Erreichbar sind sie in speziellen Einrichtungen wie den Seniorenbüros in Trier und Bad Ems und den zuständigen Beratungsstellen in Mainz und Landau. Als weitere Pilotregion stellt Bremen diese Dienste zur Verfügung. Es besteht auch die Möglichkeit, eine Anfrage direkt über das Internet www.kompetenznetzwerk-wohnen.de (Link: Beratungsanfrage) abzuschicken. Ziel des vom Sozialministerium geförderten Projekts ist die Förderung eines selbstbestimmten und gemeinschaftlichen Wohnens älterer Menschen. *Quelle: Presseinformation des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 085-5/2009*

► Gesundheit

Hilfe für Eltern mit Behinderung. Am 27. Mai dieses Jahres hat sich der Petitionsausschuss des Bundestages dafür ausgesprochen, Eltern mit Behinderung bei Bedarf durch eine Elternassistenz zu unterstützen, um deren Kindern eine normale Alltags- und Freizeitgestaltung zu ermöglichen. Die dem Vorschlag zugrunde liegende Eingabe wurde den Fraktionen des Bundestages, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesfamilienministerium zur Erwägung überwiesen. Nach Ermessen des Petitionsausschusses reichen die bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht aus, um eine Elternassistenz für die genannte Zielgruppe sicherzustellen. Es sei jedoch wichtig, diese Lücke zu schließen und die jeweiligen Hilfeleistungen niedrigschwellig zu gestalten. *Quelle: Das Parlament 23-24.2009*

Gesundheitsreform in China. Die chinesische Regierung plant eine Gesundheitsreform mit dem Ziel, bis zum Jahr 2020 für das gesamte Land eine sichere und bezahlbare Gesundheitsfürsorge herzustellen. Nach Informationen der Nachrichtenagentur Xinhua sollen bis in drei Jahren

über 90 % der Bevölkerung durch eine Versicherung für die Grundversorgung abgedeckt sein. Insgesamt soll ein überwiegend staatlich finanziertes Gesundheitssystem aufgebaut werden, das sowohl in den Städten als auch im bisher vernachlässigten ländlichen Raum eine hochwertige medizinische Versorgung garantiert. Geplant sind neben strengerer Preisregulierungen für entsprechende Leistungen eine Anhebung der staatlichen Gesundheitsausgaben, eine Konzentration auf „essenzielle Therapien“ und die Gründung kleinerer Krankenhäuser und Gesundheitsstationen auf „Graswurzelniveau“. *Quelle: Die BKK 5.2009*

Prävention greift kaum bei Herzpatienten. Viele Patientinnen und Patienten schlucken lieber Pillen als ihre Ernährung und den Lebensstil umzustellen. Das offenbart jetzt auch die dritte Euroaspire-Studie, an der fast 2 400 Menschen mit koronarer Herzkrankheit aus acht europäischen Ländern teilnahmen. Seit dem Jahr 1995 analysieren Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen im Rahmen dieser Studien regelmäßig, ob sich die Prävention im kardiologischen Bereich verbessert. Doch in einem Zeitraum von zwölf Jahren verzeichneten die Forscher und Forscherinnen bei Gesundheitszustand und Lebensweise der Betroffenen nur wenig positive Veränderungen. So sank der Anteil der Raucherinnen und Raucher zwar geringfügig auf 20 %, ist aber weiterhin viel zu hoch. Auch beim erhöhten Blutdruck blieb der erhoffte Rückgang aus. Der Prozentsatz übergewichtiger Studienteilnehmender stieg sogar von 25 auf 38 %, obwohl sich die Zahl der untersuchten Patienten und Patientinnen mit erhöhten Cholesterinwerten von 94 auf 45 % mehr als halbierte. Für den Studienkoordinator ist das kein Widerspruch: Mit Statinen verfüge die Medizin heute über hervorragende Medikamente, um den Cholesterinspiegel zu senken. Das löse aber das Problem der falschen Ernährung nicht. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 5.2009*

Weniger Organspenden im Jahr 2008. Laut einer Untersuchung zur „Situation der Transplantationsmedizin zehn Jahre nach Inkrafttreten des Transplantationsgesetzes“ (16/12554) ist die Anzahl der postmortal spendeten Organe in Deutschland im Zeitraum zwischen 1997 und 2007 zunächst von 3 331 auf 4 140 angestiegen. Die Anzahl der Spendenden habe sich in diesen zehn Jahren von 1079 auf 1 313 erhöht. Jedoch ist nach Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation die Zahl der Spenderinnen und Spender im Jahr 2008 auf 1 198 zurückgegangen. Der Unterrichtung zufolge machen die postmortalen Organspenden, bei denen die Organe nach Eintritt des Hirntodes entnommen werden, den größten Teil aller Spenden aus. *Quelle: Das Parlament 20.2009*

► Jugend und Familie

Frühförderung und vorschulische Bildung. Eine gemeinsame Aufgabe für vorschulische Einrichtungen und Schule. Hrsg. Peter Friedsam und Jürgen Figura. Verband Sonderpädagogik e.V. Selbstverlag. Berlin 2008, 88 S., EUR 10,- *DZI-D-8627*

Das im Jahr 2001 in Kraft getretene Sozialgesetzbuch IX sieht vor, dass Kinder mit Behinderungen Anspruch auf besondere Leistungen haben, um ihnen eine gleichberechtigte Partizipation am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Sinnvoll sind in dieser Hinsicht zum Beispiel

die Möglichkeiten der vorschulischen Entwicklungsförderung. Die hier zusammengestellten Einzelbeiträge einer Fachtagung, die im April 2008 zu diesem Thema stattfand, befassen sich mit bioethischen Fragen sowie spezifischen Diagnosen, wie zum Beispiel Autismus oder Hörschädigung, sie beschreiben unterschiedliche Ansätze der Prävention und Intervention. Empfehlenswert sei nicht zuletzt die interinstitutionelle Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen, Grundschulen, Förderzentren und Jugendhilfe. Bestelladresse: Verband Sonderpädagogik e.V., Fachverband für Behindertenpädagogik, Landesverband Berlin, c/o Peter Friedsam, Paul-Junius-Straße 15, 10367 Berlin, Tel.: 030/505 09 60

Gesetzesentwurf zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Der Bundestag hat im Mai dieses Jahres auf Vorschlag von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries ein Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen beschlossen. Geplant ist die Einführung sogenannter erweiterter Führungszeugnisse, die bei einem Einstellungsverfahren darüber Auskunft geben, ob Vorstrafen aufgrund von Sexualdelikten an Kindern und Jugendlichen bestehen. Nach geltendem Recht werden mit Ausnahme von schweren Sexualstraftaten Erstverurteilungen nur dann ins Führungszeugnis aufgenommen, wenn eine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen vorliegt. Von geringeren Erstverurteilungen erhalten Arbeitgebende keine Kenntnis, was mit der Gefahr verbunden ist, dass Personen, die aufgrund von kinder- oder jugendschutzrelevanten Sexualdelikten aufgefallen sind, in Feldern der Jugendhilfe beschäftigt werden. Durch eine Änderung des Bundeszentralregistergesetzes (BZRG) soll deshalb sichergestellt werden, dass entsprechende Verurteilungen auch im niedrigen Strafbereich in ein erweitertes Führungszeugnis aufgenommen werden. Diese neue Regelung ist begrenzt auf Tätigkeiten, die einen Kontakt zu Kindern oder Jugendlichen ermöglichen. *Quelle: DBSH newsletter 5/2009 (1)*

Neues Konzept für Jugendpolitik. Das Bundesjugendkuratorium (BJK) präsentierte am 13. Mai 2009 eine Stellungnahme mit Vorschlägen für eine wirkungsvollere Jugendpolitik. Wichtig sei ein kohärentes Konzept und ein aufeinander abgestimmtes, ressortübergreifendes politisches Handeln. Gerade angesichts der aktuellen Debatten über die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems, die Schwierigkeiten Jugendlicher bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und die Integration von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte sei ein neuer Orientierungsrahmen und das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure erforderlich. Von zentraler Bedeutung sind nach Auffassung des BJK die Dimensionen Schutz- und Unterstützungspolitik, Befähigungs-, Teilhabe- und Generationenpolitik. Um das neue Konzept zu verwirklichen, bedürfe es einer Stärkung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Fachministerium, einer besseren interministeriellen Zusammenarbeit und einer regelmäßigen wissenschaftlichen Beobachtung und Berichterstattung bezüglich der Lebensbedingungen verschiedener Gruppen von Jugendlichen. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesjugendkuratoriums vom Mai 2009*

Hilfepfan. A – Grundlagen; B – Hilfen; C – Verfahren. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales. Selbstverlag.

München 2008, 43 S., kostenlos *DZI-D-8739
 Wenn Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige oder Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, besteht eine Pflicht zur Erstellung eines schriftlichen Hilfeplans nach § 36 Sozialgesetzbuch VIII. Für das Jugendamt ermöglicht dieses Planungsinstrument eine präzise Kontrolle und eine effektive Koordination der Zusammenarbeit mit den Leistungsberechtigten und den durchführenden Stellen. Die vorliegende Handreichung reflektiert den aktuellen Stand der dahin gehenden Überlegungen und Empfehlungen des Bayerischen Landesjugendamtes. Vorgestellt werden verschiedene Hilfearten sowie Gesichtspunkte, die in Bezug auf das Hilfeplanverfahren zu berücksichtigen sind, wie beispielsweise Aspekte kultureller Differenz, Bedarfsermittlung, schriftliche Gestaltung und Datenschutz. Zur Veranschaulichung enthält die Broschüre auch die jeweiligen Vordrucke mit Erläuterungen zu den einzelnen Deckblättern. Bestelladresse: Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Winzerstraße 9, 80797 München, Tel.: 089/12 61-04, E-Mail: poststelle@blja.bayern.de

► Ausbildung und Beruf

Schwester AGnES. Das Institut für Community Medicine an der Universität Greifswald entwickelte ein neues Gemeindegewestermmodell: Arztlastende, Gemeindefähige, E-Health-gestützte Systemische Intervention, kurz AGnES. Damit soll der drohenden ärztlichen Unterversorgung in den dünn besiedelten Regionen begegnet werden. Künftig können Krankenschwestern und Arzthelferinnen in Regionen mit Medizinerangel bestimmte ärztliche Tätigkeiten selbst ausführen. Der Spitzenverband der Krankenkassen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung einigten sich auf die Aufnahme des Konzepts in die Regelversorgung. Die AGnES-Fachkräfte werden speziell geschult. Sie sollen beispielsweise Hausbesuche bei Patientinnen und Patienten durchführen und ärztliche Routearbeiten wie das Messen von Puls und Blutdruck und das Blutabnehmen sowie die Kontrolle der Tabletteneinnahme vornehmen. Das Konzept wurde in Modellversuchen erprobt, Vorbild waren die mobilen Schwestern in der DDR, die damals bei den Gemeinden angestellt waren. *Quelle: VdK-Zeitung 6.2.009*

Fern- und Präsenzstudium (Master): Biografisches und Kreatives Schreiben. Nach dem im vergangenen Jahr erfolgreich abgeschlossenen ersten Studiendurchgang bietet die Berliner Alice Salomon Hochschule (ASH) ab Herbst 2009 wieder den Masterstudiengang „Biografisches und Kreatives Schreiben“ an. Schreibwerkstätten und Biographarbeit sind heute auch in der Sozialen Arbeit und im Gesundheitswesen gängig – und immer gewünscht! Qualifizierte und attraktive, berufs begleitende Studiengänge werden dadurch nötig. Die ASH reagiert seit 2006 mit einem Aufbaustudium auf das zunehmende Interesse an Lebensgeschichten. Die Absolvierenden des Masterstudiengangs werden zu Trainern, Trainerinnen und Beratern für biographisches und kreatives Schreiben in unterschiedlichen beruflichen, gesellschaftlichen und privaten Kontexten ausgebildet. Das Studium dauert vier Semester. Es umfasst Wochenendpräsenztermine (zirka vier pro Semester) und wird ergänzt durch internetvermittelte



Märkte für Menschen: verantworten – gestalten – selbst bestimmen

**Kongress:
10.–12. Nov. 2009**

**Fachmesse:
11.–12. Nov. 2009**

Messezentrum Nürnberg

Information und Anmeldung

Besucherbüro Fürsorgetag-ConSozial 2009
 Tel. 0 91 28 / 50 26 01
 Fax 0 91 28 / 50 26 02
 E-Mail: info@fuersorgetag-consozial.de
 Internet: www.fuersorgetag-consozial.de

Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

www.fuersorgetag-consozial.de

Lehr-Lern-Einheiten. Das Studium wird mit dem Titel „Master in Biographic and Creative Writing“ abgeschlossen (siehe auch die Beiträge in diesem Heft). Die Kosten pro Semester betragen zirka 1 200 Euro, Bewerbungen sind bis 1. September 2009 möglich. Internet: www.ash-berlin.eu (Masterstudiengänge) *Quelle: Mitteilung der ASH vom Mai 2009*

Erste Psychoanalytische Hochschule in Berlin gegründet. Am 1. Oktober 2009 wird in Berlin die erste und einzige deutsche Hochschule für Psychoanalyse ihre Tore öffnen. Die private Hochschule in Berlin-Moabit läutet eine Renaissance der Lehre Sigmund Freuds ein und bietet Studierenden ab dem Wintersemester 2009/2010 ein praxisnahes und zugleich forschungsbezogenes Studium der Psychoanalyse. Drei psychoanalytisch orientierte Masterstudiengänge: Klinische Psychologie/Psychoanalyse, Frühe Hilfen und Jugendliche Delinquenz richten sich an Studierende mit einem Bachelorabschluss in Psychologie oder einem anderen human- oder sozialwissenschaftlichen Studiengang, ermöglicht aber auch Quereinsteigenden aus verwandten sozialen Berufen, die über einen ersten akademischen Abschluss verfügen, den Einstieg in das Studium. Für Berufstätige und Auswärtige wird neben dem Vollzeitstudium die Möglichkeit des Teilzeitstudiums angeboten. Informationen im Internet: www.ipu-berlin.de *Quelle: Pressemitteilung der International Psychoanalytic University vom Mai 2009*

Berufsbegleitende Weiterbildung „Kita-Management“. Im September 2009 beginnt an der Fachhochschule Potsdam (FHP) bereits zum fünften Mal unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Peter Knösel, Fachbereich Sozialwesen der FHP, diese berufsbegleitende Weiterbildung. Sie richtet sich an Leitungspersonal von Kindertageseinrichtungen sowie an Erzieherinnen und Erzieher, die sich für Leitungsaufgaben qualifizieren wollen. Die Teilnehmenden erwerben die Kompetenz, eine Kindertagesstätte oder eine vergleichbare Einrichtung qualifiziert zu leiten. Entsprechend breit ist das modular aufgebaute Programm angelegt; es umfasst fachliche Schwerpunkte wie Recht, Betriebswirtschaft, Leitungskompetenz, Marketing und Fundraising, Qualitätsentwicklung, aktuelle Anforderungen an die Pädagogik in der Kindertagesstätte, interkulturelle Pädagogik, kindliche Entwicklung und Handlungskompetenz sowie die Rolle der Eltern als Erziehungs- und Bildungspartner. Die Weiterbildung „Kita-Management“ ist nach Bildungsfreistellungsverordnungen in Brandenburg und Berlin anerkannt. Information: Zentrale Einrichtung Weiterbildung der FH Potsdam, Internet: www.fh-potsdam.de/weiterbildung.html *Quelle: Pressemitteilung der FH Potsdam vom Mai 2009*

Tagungskalender

23.-24.9.2009 Saarlouis-Roden. 12. Internationaler Demenzkongress Saar-Lor-Lux. Information: Demenz-Verein Saarlouis e.V., Ludwigstraße 5, 66740 Saarlouis, Tel.: 068 31/488 18-0, E-Mail: info@demenz-saarlouis.de, Internet: www.demenz-saarlouis.de

24.-26.9.2009 Luxemburg-Kirchberg. 11. Europäischer Kongress des E.D.E. (European Association for Directors of Residential Care Homes for the Elderly): Time Out. Es genügt nicht mehr, unsere Arbeit besser, schneller und preisgünstiger zu machen. Wir müssen anhalten und einen anderen Weg finden. Information: MeeTincS SA, 3, Rue des Carrefours, L-8015 Strassen, Tel.: 0352/45 99 45, E-Mail: conferences@meetincs.lu

28.-29.9.2009 Bonn. Zweijahrestagung und Mitgliederversammlung: Jugendhilfe – MISSION IMPOSSIBLE? Information: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) e.V., Poststraße 17, 69115 Heidelberg, Tel.: 062 21/98 1829, E-Mail: katzenstein@dijuf.de, Internet: www.dijuf.de

29.9.2009 Mainz. Fachtagung: Depression und Suizid im Alter. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Postfach 23 40, 55013 Mainz, Tel.: 061 31/289 44-45, E-Mail: orth@kfh-mainz.de

22.-24.10.2009 Bregenz/Österreich. Internationales Symposium Kindheit und Gesellschaft III: „Freiheit? Gleichwürdigung. Partizipation“. Information im Internet: www.weltderkinder.at

9.-12.11.2009 Weingarten. Seminar für Führungskräfte: Konflikt-Mediation. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten (Oberschwaben), Tel.: 0751 56/86-0, E-Mail: weingarten@akademie-rs.de Internet: www.akademie-rs.de

16.-18.11.2009 Potsdam. DHS-Fachkonferenz SUCHT 2009: Vernachlässigte Hoffnungsträger – Kinder und Jugendliche zwischen Markt, Medien und Milieu. Information: DHS e.V., Postfach 13 69, 59003 Hamm, Tel.: 023 81/90 15-0, E-Mail: info@dhs.de, Internet: www.dhs.de

18.-19.11.2009 Mainz. Workshop: Visualisieren. Flip-Charts lebendig und kreativ gestalten. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/289 44-43, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de, Internet: www.kfh-mainz.de/ofw/